



### Österreich



#### Asylrecht untergraben

In den vergangenen Jahren wurde das Recht auf Asyl in Österreich - wie in weiten Teilen Europas - systematisch untergraben. Die geplante Abschiebung von Arigona Zogaj führt die unmenschlichen staatlichen Praktiken vor Augen. Diese Politik wird von der SPÖ unterstützt und von Fekter vorangetrieben.

SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### Mindestsicherung als Armutsfalle?!

Die neu eingeführte Mindestsicherung von 733 Euro liegt deutlich unter der Armutsgrenze von rund 900 Euro monatlich. Die ÖVP bläst mit dem Vorschlag eines Transferkontos schon zum nächsten Angriff.

SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Was wird das neue Jahr bringen?

Was kommt 2010 auf uns zu? Zu rechnen ist, vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise, mit Angriffen auf soziale Rechte. Dagegen formieren sich Proteste und Arbeitskämpfe. Zu befürchten ist, dass ohne linke Alternative rassistische Übergriffe zunehmen.

SEITEN 4/5

### Internationales



#### Was bringt der Vertrag von Lissabon?

Die zweite Volksabstimmung in Irland hat dem Vertrag von Lissabon ein positives Ende beschert. Auch der tschechische Präsident Vaclav Klaus hat seinen Widerstand aufgegeben. Was kommt jetzt auf uns zu?

SEITE 7

# Proteste ausweiten!

Das Jahr 2009 endet, wie es begonnen hat: Mit lautem sozialen Protest.

Nach Demonstrationen und SchülerInnenstreiks gingen im Mai tausende GewerkschafterInnen gegen Lohnraub auf die Straße. Mitte Oktober brach – beginnend mit dem Streik und der Besetzung der Akademie der bildenden Künste – eine große StudentInnenbewegung los. Wie kann es jetzt weiter gehen?

von Michael Gehmacher, SLP-Wien

Bürgerliche Medien schreiben bereits von der „Generation 09“ die ähnlich wie die „68er“ in die Geschichte eingehen wird. Der Vergleich ist gewagt, eines aber stimmt: Tausende Jugendliche sind erstmals politisch aktiv und stellen sich wichtige Fragen. Wie beispielsweise die Unibewegung erfolgreich sein kann, oder wie eine bessere Gesellschaft aussieht. **Fazit Nr.1: Viele werden – auch über die Unibewegung hinaus – aktiv bleiben.**

#### Widerstand bringt's!

Während die österreichische HochschülerInnenenschaft und andere lange verhandelten und nichts erreichten, verhandelte die Unibewegung (zumindestens bis Anfang Dezember) überhaupt nicht, und bekam rasch 34 Millionen (auch wenn das noch zuwenig ist).

**Fazit Nr.2: Mit Besetzungen und Streiks kann viel erreicht werden.**

#### Im Zuge der Unibewegung kam es zu bemerkenswerten „Schulterschlüssen“...

GewerkschafterInnen kamen an die besetzten Unis, auf Facebook organisierte sich eine eigene Gruppe von unterstützenden ArbeitnehmerInnen. StudentInnen beteiligten sich bei den Protestaktionen der MetallerInnen. Daraus entstanden zwei wichtige gemeinsame Demonstrationen von MetallerInnen, GPA-DJP, Gewerkschaft Vida und den StudentInnen. In Tirol kam es sogar zu einer gemeinsamen Demo von ÖGB und UnibesetzerInnen. „Komisch ist nicht, dass wir mit den StudentInnen gemeinsam demonstrieren. Komisch ist, dass wir das nicht schon früher gemacht haben“ meinte ein Metaller auf die Frage einer Journalistin.

**Fazit Nr.3: ArbeiterInnen und StudentInnen haben gemeinsame Interessen und können für diese auch gemeinsam auf die Straße gehen!**



#### Bei den Kollektivvertragsrunden spießt sich's gewaltig

Ob im Handel, im Sozialbereich oder im öffentlichen Dienst – bei vielen Gehaltsrunden gibt es starke Auseinandersetzungen. Konferenzen von BetriebsrätInnen, Betriebsversammlungen und Straßenaktionen in unterschiedlichen Branchen stehen auf der Tagesordnung.

Kein Wunder, wollen doch Unternehmen und Regierung, dass die ArbeitnehmerInnen für „die Krise“ zahlen. Wir müssen also den gemeinsamen Widerstand ausweiten! Ein erster Schritt könnte eine starke Beteiligung von ÖGB oder einzelnen GewerkschafterInnen bei den großen Protestaktionen im Dezember und Jänner sein.

#### Vom Kindergartenaufstand zu weiteren Aufständen?

Auch die KollegInnen aus den Kindergärten machten mit einer großen Demonstration im Oktober in Wien und einer weiteren im November – zusammen mit den Studierenden – auf ihre Probleme aufmerksam. Der „Kindergartenaufstand“ ist eine Basisaktion der KollegInnen und zeigt, dass sich sozialer Widerstand oft neben offiziellen Gewerkschaftsstrukturen formiert. Uniprotest und Kindergartenaufstand waren viel in den Medien. Die KollegInnen vom Wiener Kindergartenaufstand berichten von zahlreichen Anfragen aus den Bundesländern. Der Aufstand kann also noch wachsen und könnte ein Vorbild für den gesamten Sozialbereich, Erwerbsarbeitslose und viele andere Gruppen sein.

#### Kommen 2010 Streiks?

Die Proteste werden weiter gehen. Viele KollegInnen fragen sich zu Recht, was die nächsten Schritte nach

SLPlerInnen haben immer wieder betont, wie wichtig der Schulterschluss mit anderen ist, die sich wehren – mit KindergärtnerInnen, DruckerInnen und MetallerInnen. Michael Gehmacher (Hier ganz rechts im Bild) setzte sich entscheidend für die erste gemeinsame Demonstration von MetallerInnen und Studierenden am 12. November ein.

Demonstrationen sein sollen. Bundesweite Demos? Internationale Demos? Alles super, aber wie können wir den Druck auf die Politik noch weiter erhöhen? Ob im Kindergarten, auf der Uni oder anderswo, es wird offen über die Möglichkeit von Streiks gesprochen. Sie sind nach den Demonstrationen der nächste logische und notwendige Schritt. Wichtig ist dabei: Streiks sind für uns nicht zum Dampfablassen da, sondern um Widerstand zu bündeln und ein Ziel zu erreichen. Anstatt katastrophalen Lohnabschlüssen zuzustimmen, könnte der ÖGB gemeinsam mit anderen Kämpfenden als ersten Schritt einen umfassenden 24 Stunden-Warnstreik für saftige Lohnerhöhungen, Bildung und Soziales organisieren. Und von Kindergartenaufstand & Co. lernen und die KollegInnen in den Betrieben aktiv einbinden.

#### Sozialistische Alternative aufbauen!

Die enorme Politisierung vieler – vor allem junger – Menschen setzt auch die Frage einer gerechteren Gesellschaft auf die Tagesordnung. MarxistInnen stehen im Kampf um soziale Verbesserungen ganz vorne. Aber: Was heißt es, für soziale Verbesserungen zu kämpfen, wenn diese im Kapitalismus permanent gefährdet sind? Ist „freie Bildung“ im Kapitalismus möglich? Und wie konkret? Wie ein „Leseraum in einem Gefängnis“, haben es viele StudentInnen formuliert. Viele Menschen haben den Wunsch, dass sich aus den Protesten eine neue Linke formiert. Die SLP war und ist in vielen Bundesländern führend an den Protesten beteiligt. Der Kampf für eine sozialistische Alternative ist für uns unmittelbar mit der Ausweitung der Proteste verbunden. Mach mit bei der SLP. Hilf mit, den Widerstand zu organisieren und eine Alternative aufzubauen!

# Asyl abgeschafft. Danke SPÖ!

Fall Arigona: Geht Fekter über die nächste Leiche?



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin

Links,  
Rechts,  
oder was?

Während der Uniproteste haben sich viele Studierende dagegen gewehrt, die Bewegung als „links“ zu definieren. Immer wieder höre ich „das alte links-rechts-Schema ist überholt“. Aber entscheidend sind die Inhalte. Und da gibt es fundamentale Unterschiede:

Linke stehen für eine solidarische Gesellschaft, für gleiche Rechte für alle, für demokratische Strukturen und gegen Unterdrückung und Ausbeutung – und sie organisieren Widerstand.

Rechte verteidigen ein „Unten“ und ein „Oben“. Typisch sind Sager wie „das ist halt einmal so, dass kann man nicht ändern“ – über Armut und Reichtum, über niedrigere Frauenlöhne, über Umweltzerstörung. Typisch ist auch eine „Teile und Herrsche“-Politik, Männer werden gegen Frauen ausgespielt und natürlich Ingegen AusländerInnen. Manche sind eben gleicher. Und weil sie meinen, dass manche einfach „besser“ sind als andere, soll das dumme Fußvolk auch nicht zu viel zu sagen haben, sondern lieber schlaue PolitikerInnen und ExperteInnen für uns entscheiden.

Eine „Mitte“ gibt es nur Erscheinbar – letztlich muss man sich für ein Weltbild entscheiden. Ein bisschen Unterdrückung ist Unterdrückung. Weniger Rassismus ist immer noch Rassismus. Wer auf eine Verbesserung in der Zukunft vertröstet, stabilisiert die jetzigen Missstände. Weil der (rechte) Rassismus inzwischen Mainstream-Politik ist, ist er nun „Mitte“.

Deshalb sind die Grünen, auch wenn sie KandidatInnen wie den Kapitalismus-Kritiker Klaus Werner Lobo haben nicht links – weil sie meinen, es würde reichen, den Terror des Marktes ein bisschen zu regulieren. Deshalb ist die FPÖ keineswegs links, obwohl sie einige soziale Forderungen aufstellt – diese aber mittels Rassismus umsetzen will. Deshalb ist die SPÖ schon lange nicht mehr links, auch wenn sie die Gewerkschaften verbal bauchpinselt – weil ihre praktische Politik seit Jahrzehnten gegen die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder gerichtet ist.

Widerstand gegen ein elitäres Bildungswesen, gegen Zwei-Klassen-Medizin, gegen Sozialabbau und gegen die „natürliche“ Rolle als Hausfrau und Mutter steht im Widerspruch zu einem rechten Weltbild. Und deshalb braucht es eine echte Linkspartei, die Kämpfe gegen soziale Ungerechtigkeit und Rassismus organisiert.

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

von Pablo Hörtnner, SLP-Wien

Laut dem UN-Flüchtlingshochkommissariat gab es 2008 12.841 Anträge auf Asyl. Nur 3.753 Menschen wurde ein Aufenthalt in Österreich gewährt. Seit den 1990er Jahren werden die gesetzlichen Bestimmungen für Flüchtlinge kontinuierlich verschärft. Erst vor kurzem starb ein Mann in Schubhaft – trotzdem geht Fekter weiter in die Offensive und riskiert Menschenleben durch Haft und Abschiebung.

**Wer auf die Medien im Kampf gegen Rassismus setzt, hat schon verloren...**

Die Strategie der „Zivilgesellschaft“ auf ein Bündnis mit den Medien zu setzen – anstatt auf Mobilisierung und konsequenten Widerstand – ist wieder einmal gescheitert. Doch nicht nur Krone & Co. hetzen wie eh und je. Arigona Zogaj und ihre Mutter seien „wieder suizidgefährdet“ titelt die ZIB20 mit zynischem Unterton und Ingrid Turnher zieht „Im Zentrum“ eine Trennlinie zwischen „verdientem Asyl“ und Missbrauch. Dass es hier um Menschen geht, die aus einer Notlage heraus ihre Heimat verlassen mussten, ist kaum eine Erwähnung wert. Von FPÖ-Hassprediger Strache war zu erwarten, dass er seine alte rassistische Leier wiederholt, aber auch die anderen Parteien ignorieren die Gründe für Flucht und Probleme weitgehend.

**Rassismus bei der SPÖ! Aber auch bei den Grünen?**

Die SPÖ war von Anfang an federführend beteiligt und ist verantwortlich für das rassistische Klima. Aber auch die Grüne Linie ist bedenklich. Alev Korun, Minderheitensprecherin der Grünen, merkt an, dass die Zuwanderung während der FPÖ-Regierungsbeteiligung seit 2000 stark zugenommen habe. Strache erwidert selbstzufrieden, er habe die Koalition aus genau diesem Grund gelöst. Die Grünen fordern Seite an Seite mit dem Industriellen Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung Wien, ein Punkteprogramm, um die Zuwanderung nach Österreich weiter einzuschrän-



„Eine unabhängige politische Alternative ist heute nötiger ist denn je. Die Suche nach Wohlstand und einem würdigen Leben ist ein menschliches Grundbedürfnis.“

ken. Sie treten also letztlich für eine Spaltung zwischen Alt & Jung, unqualifizierter & ausgebildeter Arbeitskraft, Mann & Frau ein. Die realen Gründe für Migration wie äußerste Armut und Massenarbeitslosigkeit, politische und religiöse Verfolgung (oder auf Grund

der sexuellen Orientierung etc.), Krieg, usw. werden ignoriert.

Als Positivbeispiele für dieses wirtschaftsliberale Modell, das nur den Erfordernissen der KapitalistInnen dient, werden Kanada und Australien angeführt. In Australien werden Flüchtlin-

ge unter menschenunwürdigen Bedingungen in Auffanglagern gehalten. Dass schwangere Frauen auf Schiffen entbinden müssen, weil sie nicht ins Land gelassen werden, scheint die Herren bzw. Frau Korun kalt zu lassen.

Eine unabhängige politische Alternative ist heute nötiger ist denn je. Die Suche nach Wohlstand und einem würdigen Leben ist ein menschliches Grundbedürfnis. Die SLP ist der Ansicht, dass nur ein gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen sowie internationale Solidarität die soziale Situation aller verbessern können. Wenn in der Slowakei die Löhne nicht niedriger als in Österreich sind, lohnt sich eine Auslagerung bzw. eine Zuwanderung weniger. Aber auch Aufklärung gegen die vielen Lügen ist wichtig. AsylwerberInnen bekommen in Österreich gar keine Arbeitsbewilligung. Gleichzeitig sind viele der ausländischen TaxifahrerInnen hochqualifizierte AkademikerInnen, die einfach keinen Job bekommen.

**Bewegung weiter aufbauen!**

Verschiedene Initiativen sind bereits entstanden. Es ist aber wichtig, die Lehren zu ziehen – via Medien bzw. virtuell im Internet wird der Kampf kaum gewonnen werden. AktivistInnen der SLP waren vor Ort, als die FPÖ 2009 in Gmunden gegen Arigona und ihre Familie hetzte. SLP-Mitglieder haben im besetzten Audimax den Antrag gestellt, dass dieser Ort auch als Asylraum für Arigona (und andere von der Abschiebung bedrohte Menschen) angeboten und verteidigt werden muss.

Doch es geht auch um eine langfristige Perspektiven und Alternativen. Aus der SPÖ gab es kaum einen Aufschrei gegen die Zustimmung zu den Verschärfungen. Die Grünen waren auf der letzten Kundgebung vor dem Innenministerium zwar präsent, setzen aber auf wirtschaftsfreundlichen Pragmatismus. Nur eine neue linke Alternative mit einem kämpferischen internationalistischen Programm und starken gemeinsamen Mobilisierungen von In- und AusländerInnen kann diese Entwicklung bremsen.

## Im Schweinsgallopp in die Gesundheitskrise

Wie gut ist das österreichische Gesundheitssystem tatsächlich?

von Lisa Wawra, SLP-Wien

Österreich, und besonders Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ), ist stolz, das „beste Gesundheitssystem der Welt“ zu besitzen. Das wird bei jeder Gelegenheit herausgestrichen. Doch wie gut ist unser Gesundheitssystem tatsächlich? Und in welche Richtung entwickelt es sich angesichts der Wirtschaftskrise und der steigenden Defizite der Krankenkassen?

**Beispiel: Schweinegrippe**

Im Herbst 09 hat uns die „Schweinegrippe“ voll erreicht. Ginge es nach den düsteren Vorhersagen müsste schon ein Viertel der Bevölkerung der neuen Grippe erlegen sein. H1N1 ist weder schlimmer noch von den Symptomen her merklich anders als die saisonale Grippe. Trotzdem ließen sich in den ersten Tagen, in denen der Impfstoff zur Verfügung stand, Tausende impfen.

**Und wem nützt's:**

Es ist kein Zufall, dass die Schweinegrippe als „Pandemie-Horrorszenario“ auftaucht, wo die vollkommen unbegründete Panik vor der Vogelgrippe noch nicht lange zurück liegt.

Im Januar 09 wurden „Pandemie-Workshops“, gesponsert von Pharmafirmen, angeboten. Das Vogelgrippe-medikament Tamiflu, auf dem die Pharmaindustrie nach Ausbleiben der Vogelgrippen-Pandemie sitzen blieb, musste an den Mann/die Frau gebracht werden. Und die Rechnung geht auf. Auch Österreich gibt Unsummen für den nicht gerade billigen Impfstoff „Celvapan“ der Firma Baxter aus. Das beschert Baxter Gewinne in Millionenhöhe.

**Marode Krankenkassen**

Die Wiener Krankenkasse rechnet 09 mit einem Defizit von 140 Millionen Euro. Die maroden Krankenkassen su-

chen insgesamt 1,7 Milliarden Euro, die sie bis 2013 einsparen müssen. Nur wenn gespart wird, gibts staatliche Hilfe (bei den Banken war das doch anders!). Die deutsche Regierung zeigt, wohin es gehen soll: zur Sanierung der Krankenkassen werden die Arbeitgeberbeiträge eingefroren und „langfristig...einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge“ eingeführt. Die Beiträge sind, unabhängig vom Einkommen, für jedeN gleich: Versicherte mit niedrigen Einkommen müssen viel mehr, jene mit hohem Einkommen viel weniger zahlen als heute. Das Ergebnis: die Masse kriegt eine teure, aber miese Grundversorgung. Wer mehr will bzw. braucht, muss privat bezahlen bzw. sich privat Zusatzversichern. Nachdem die Menschen dem Finanzmarkt zu Recht nicht mehr vertrauen, sollen sie gezwungen werden, ihr Geld genau diesem wieder zum spekulieren zu überlassen. Übrigens: in den USA sind knapp 50% aller Privatkonkurse Menschen, die zwar eine



private Krankenversicherung haben, aber trotzdem wegen hoher Gesundheitskosten in den Bankrott schlittern.

Dabei ist klar wo wirklich Geld zu holen wäre: Österreichs Unternehmer stehen bei den Gebietskrankenkassen nämlich mit mindestens 954,9 Millionen Euro in der Kreide, schreibt Sozialminister Rudolf Hundstorfer auf Anfrage des SPÖ-Abgeordneten Franz Riepl.

# Mindestsicherung als Armutsfalle?!

ÖVP bläst gleichzeitig mit Transferkonto zu weiteren Angriffen

von John Evers, SLP-Wien

Wer weniger als 900 Euro im Monat zur Verfügung hat (Einpersonenhaushalt), gilt in Österreich als arm. Und zwar deshalb, weil das Führen eines „normalen Lebens“ in der Gesellschaft dann kaum noch möglich ist. Die neue „Mindestsicherung“ ändert diesen Umstand nicht. Mit 733 Euro im Monat liegt sie deutlich unter dieser Armutsgrenze. Trotzdem zeichnen Medien und Wirtschaft das Bild einer „sozialen Hängematte“. Zeitgerecht hat deshalb die ÖVP die Idee entwickelt, alle Sozialleistungen durch ein „Transferkonto“ sichtbar zu machen; angeblich um dem Wildwuchs und Missbrauch staatlicher Leistungen vorzubeugen. Doch ist das ist wirklich nicht das Problem.

## Menschen schämen sich schon jetzt anzunehmen, was ihnen zusteht

„In der Studie des Europäischen Zentrums wird eine Nicht-Inanspruchnahme in der Höhe von 62% für Österreich ausgewiesen, nur 40 % der Anspruchsberechtigten würden diese Leistung auch beziehen. Das heißt auch, 48% der zustehenden Geldsummen werden nicht beansprucht. Rund 80.000 gerade der hilfsbedürftigsten Haushalte verzichten Jahr für Jahr auf 215 Millionen Euro an Sozialhilfe.“ (www.armutskonferenz.at). Der ÖVP geht es mit ihren jüngsten Vorschlägen also darum, Angst und Scham bei den Betroffenen weiter zu steigern. Soweit so schlecht. Besonders tragisch ist allerdings, wie defensiv die Gewerkschaften demgegenüber reagieren. So „beruhigt“ ÖGB-Präsident Foglar zur Mindestsicherung: „Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist als Sprungbrett zurück in die Arbeitswelt gedacht und nicht als soziale Hängematte (...) Die Auszahlung der Mindestsicherung hat ganz klare Rahmenbedingungen, man soll nicht so tun, als könnte man sich aus-



suchen, wann man arbeitet und wann man lieber Mindestsicherung bezieht.“

Die entscheidenden Fragen, welche der ÖGB aufwerfen sollte, wären allerdings eigentlich ganz andere. Z.B.: Wer trägt die Verantwortung dafür, dass Menschen in die Situation kommen in der sie auf eine „Mindestsicherung“ angewiesen sind? Und wie ändern wir das? Hinzuzufügen wäre dem noch: Warum fordert der ÖGB eigentlich selbst Mindestlöhne (1.000 Euro brutto/ca. 850,- netto), welche sogar unter der Ar-

mutsgrenze liegen!?

## ÖGB feiert Verschlechterung als Verbesserung

„Die Mindestsicherung ist ein sozialpolitischer Meilenstein, der die unterschiedlichen Regelungen der Sozialhilfe der Bundesländer vereinheitlicht.“ (www.oegb.at)

„Angesichts der sich abzeichnenden sozialen Folgen der Finanzkrise löst die Kürzung von 14 auf 12 Bezugsmonate in der Armutskonferenz

Kopfschütteln aus. Arme müssen für die Krise zahlen. Das bedeutet in mindestens fünf Bundesländern eine Verschlechterung zum Status Quo. In der jetzigen Sozialhilfe ist die Summe der sozialen Teilleistungen höher als die pauschale Leistung der Mindestsicherung. Im Finanzministerium ist offensichtlich für alles Geld da, nur nicht für die Absicherung gegen Armut. Was soll in den angekündigten Arbeitsgruppen noch alles wegverhandelt werden?“, fragt sich demgegenüber die Armutskonferenz. Es ist darüber hinaus schön, wenn der ÖGB schreibt, dass er gerne eine höhere Netto-Ersatzrate beim Arbeitslosengeld hätte, oder auch die 14malige Auszahlung der Mindestsicherung begrüßen würde. Alles andere wäre ja auch noch „schöner“. Nur wird weder auf inhaltlicher Ebene noch durch entsprechende Kampf- und Protestmaßnahmen dafür Stimmung gemacht, sprich mobilisiert. Und das ist angesichts der Krise, in der immer mehr Menschen auf derartige Leistungen angewiesen sein könnten, zumindest grob fahrlässig. Freche Angriffe, wie der Vorschlag des Transferkontos, gehören daher sowohl inhaltlich wie durch praktische Protestmaßnahmen beantwortet. Themen für entsprechende Kampagnen gibt es genug: Von der Vermögensteuer über Subventionstop für Banken und Konzerne bis zur Verstaatlichung derselben reicht das Repertoire, welches wir als SozialistInnen hier anbieten können.

Statt Transferkonto brauchen wir endlich die Offenlegung der Einkommen von ManagerInnen und anderen Reichen. Von der SPÖ dürfen sich die Gewerkschaften demgegenüber wenig erwarten. Die stellt nämlich lieber gemeinsam mit der ÖVP und der extremen Rechten (FPÖ/BZÖ) Entschließungsanträge, damit die Kreuze in den Klassen hängen bleiben. Vielleicht, damit die Leute in der Krise zwar nichts zum Beißen aber wenigstens etwas zum Beten haben?!

## SLP AktivistInnen sind wählbar

Albert Kropf kandidiert bei den Personalvertretungswahlen im Öffentlichen Dienst, Resi Klabacher wurde in den Jugendvertrauensrat der Siemens VAI Linz gewählt.

### PV-Wahlen in Wien: Albert Kropf

Albert Kropf, Berufsschullehrer, Kandidat für den Dienststellenausschuss 3 zu den Personalvertretungswahlen:

„Seit Monaten gibt es von Medien und Politik eine aggressive LehrerInnen-Hetze. Wenn Kanzler Faymann meint, wir hätten einen Halbtagsjob, dann soll er sich einmal eine Woche in die Klasse stellen!

Ich finde es falsch, dass die Gewerkschaft bisher zu wenig offensiv gegen die Angriffe auf Jung- und AltlehrerInnen reagiert hat. Viele KollegInnen haben es zu Recht bedauert, dass wir uns den Protesten der 60.000 SchülerInnen im Frühjahr und den Studierendenprotesten jetzt nicht angeschlossen haben. Nach den Personalvertretungswahlen wird Ministerin Schmied die Katze aus dem Sack lassen und durch das neue Dienstrecht ein Paket von Angriffen schnüren. Das kann nur wieder vom Tisch kommen, wenn wir uns gemeinsam entschieden wehren. Dafür ist es wichtig, dass Verhandlungsergebnisse von den KollegInnen abgestimmt werden. Wir sollen den SchülerInnen Demokratie beibringen, dann müssen wir sie auch selbst leben!“



Viele KollegInnen haben es zu Recht bedauert, dass wir uns den Protesten der 60.000 SchülerInnen im Frühjahr und den Studierendenprotesten jetzt nicht angeschlossen haben.

Albert Kropf

### JVR-Wahlen in Linz: Resi Klabacher

Am 19.11. wurde in der Siemens VAI Linz der neue Jugendvertrauensrat für 25 Lehrlinge gewählt. SLP-Aktivistin, Resi Klabacher wurde als passives Jugendvertrauensratsmitglied gewählt. Resi zur Wahl:

„Ich werde mich massiv für die Verbesserungen der Lehrlingsausbildung einsetzen und versuchen, eine bessere Vernetzung der JVRs im Siemenskonzern zu organisieren. Außerdem ist es mir wichtig, dass sich die GPA-DJP-Jugend aktiver in linken Bewegungen einbringt und die Mitglieder mehr einbezieht.“

Metallerabschluss: 1,5 % sind ein Hohn

## Die geballte Faust bleibt in der Tasche

von Herbert Wanko  
ehemaliger Betriebsrat GMTN

„Wir haben einen guten Abschluss unter schwierigen wirtschaftlichen Voraussetzungen erreicht“ (Metaller-Vorsitzender Rainer Wimmer). Warum sich die Gewerkschaftsführung freut, lässt sich nur vermuten. Freuen sie sich, weil sie die Wirtschaft wieder tatkräftig unterstützt haben, oder weil sie auch dieses Jahr um Kampfmaßnahmen herum gekommen sind? Sie würden so etwas natürlich nicht zugeben, da sie ja die 1,5 % „erkämpft“ haben, und dieses mickrige Ergebnis auch noch als Erfolg verkaufen.

### 1,5 % dürfen nicht richtungsweisend sein!

Jahr für Jahr wird betont, wie wichtig der Metallerabschluss ist, und dass er richtungsweisend für alle nachfolgenden KV-Verhandlungen ist. Die meisten ArbeitnehmerInnen werden mir wohl zustimmen, dass wir hoffen, dass mit dieser Tradition spätestens jetzt endgültig gebrochen werden muss. Denn 1,5 % sind für jede Branche eine Zumutung!

Einen Anfang hat das Metallgewerbe gemacht, das schon vor der Industrie die Verhandlungen beendet hat. Zwar ist deren Abschluss nicht besser als der der Industrie, aber sie haben nur eine Verhandlungsrunde benötigt, um sich mit den UnternehmerInnen zu einigen. Dies lässt vermuten, dass die Forderungen eher niedrig waren, und dass mit höheren Forderungen und energischem Auftreten weit mehr herauskommen

hätte können.

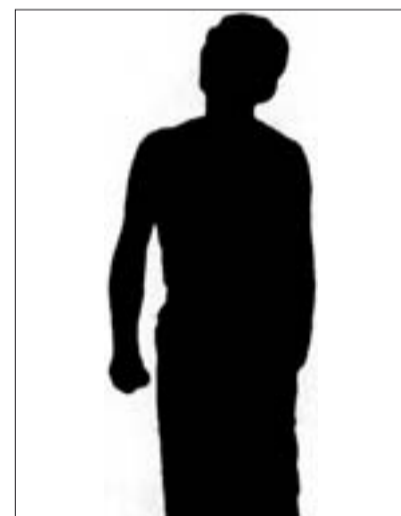
Das Argument der Wirtschaftskrise, in der „leider nicht mehr drin ist“ darf von der Gewerkschaft nicht einfach übernommen werden. Im Vorfeld hatte sie zu Recht darauf hingewiesen, dass allein mit der Gewinnausschüttung von 2008 drei ordentliche Lohnrunden finanzierbar gewesen wären. Was wurde daraus?

Handel und Gesundheits- und Sozialberufe sind die nächsten großen Gruppen, die ein neues richtungsweisendes Zeichen setzen können.

### Protest von Unten organisieren!

Die Kinder- und JugendbetreuerInnen zeigen seit einigen Wochen, dass auch ohne offizielle ÖGB-Unterstützung Tausende auf die Straße gehen um für ihre Rechte zu kämpfen. Die Metallergewerkschaft war zwar unter dem Druck der Studierendenproteste und der Mitgliedschaft gezwungen, Zähne zu zeigen, hat dann aber wieder einem faulen Kompromiss zugestimmt. Der Schulterschluss mit den Studierenden war ein richtiger und wichtiger Schritt - aber die eigene Mitgliedschaft wurde kaum mobilisiert.

Das bedeutet, dass die BetriebsräteInnen aktiv werden und entgegen der ÖGB-Doktrin einen Demokratisierungsprozess einleiten müssen. Miese Lohnabschlüsse wie diese können wir uns einfach nicht leisten! Wenn alle Beschäftigten an den Entscheidungen mitwirken, über Verhandlungsergebnisse abstimmen und die VerhandlerInnen Delegierte sind, die wirklich die Interessen der KollegInnen vertreten und das Leben



der KollegInnen aus eigener Erfahrung kennen, dann kann durch gemeinsamen Kampf sehr viel erreicht werden. Die einzelnen Berufsgruppen dürfen sich nicht von den Mächtigen gegeneinander ausspielen lassen, sondern müssen gemeinsame Kämpfe austragen, um so auch Erfolge für alle zu erreichen.

### Das dicke Ende kommt noch

Nicht zuletzt ist die Sache bei den Metallern ja auch noch nicht vorbei: Die Gewerkschaft hat schließlich zugestimmt, demnächst über Flexibilisierungsmaßnahmen zu verhandeln. Es ist zu befürchten, dass die magere Erhöhung bei den nächsten Verschlechterungen bei der Arbeitszeit (Stichwort: längere Durchrechnungszeiten = Wegfall von Überstundenzuschlägen) aufgefressen ist. Gerade hier gilt es schon jetzt ein deutliches Veto einzulegen und Widerstand vorzubereiten!

# 2010: Krise und Gegenwehr, Rassismus von

*Kurz zusammengefasst: die soziale Situation wird sich weiter verschlechtern, die Angriffe Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen werden immer frecher werden. Gleichzeitig soziale Ungerechtigkeit immer wieder entladen und zu Widerstand von Beschäftigten und wird auch 2010 ein zentrales Thema der österreichischen Innenpolitik sein. Eine Vorschau*

## Wirtschaft & Soziales: (K)ein Silberstreif am Horizont

Ist sie nun vorbei die Krise oder nicht? Jeden Tag andere Informationen - meist so, wie es gerade passt. "Wirtschaft wächst wieder" heißt es wenn die Regierung ihre Leistung preisen möchte. "Wirtschaft geht es ganz mies" heißt es, wenn Unternehmen erklären warum sie "leider" keine Lohnerhöhungen zahlen können. Tatsache ist, dass die eigentlichen Ursachen für die Krise nicht beseitigt sind. Selbst wenn es eine leichte Erholung geben sollte, so würde diese kurz und schwach sein und nur die Overtüre für einen folgenden, neuerlichen schweren Einbruch darstellen. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter und damit sinkt der private Konsum, der zurzeit eine der wichtigsten Stützen der Wirtschaft ist. Schon jetzt zittert der Handel vor den Einbrüchen im Weihnachtsgeschäft. Daran wird auch eine Ausverkaufs-Welle rund um den Jahreswechsel nichts ändern. Und auch im Wintertourismus wird deutlich dass die Menschen einfach weniger Geld zur Verfügung haben. Die Wirtschaft glaubt ihre eigenen rosa-gefärbten Prognosen nicht, was sich in immer noch sinkenden Investitionen ausdrückt. Das bedeutet: Das Schlimmste ist nicht vorbei, das dicke Ende kommt noch.

### "Die Mehrheit hat noch nicht für die Krise bezahlt." (Industriellenvereinigung, SN 5.11.2009)

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen (KV) die mit den MetallerInnen begonnen haben, aber auch in den kommenden Monaten von anderen Branchen geführt werden, geht es den Unternehmen darum, die Lohnkosten zu drücken: also weniger Arbeit für weniger Geld oder mehr Arbeit fürs selbe Geld. Ersteres heißt Kurzarbeit, zweiteres längere Durchrechnungszeiträume. Die IV fordert Durchrechnungszeiträume von bis zu sieben (!) Jahren, d.h. in der Praxis ein völliger Wegfall von Überstundenzuschlägen - die aber im momentanen System gerade bei niedrigen Einkommen oft überlebenswichtig sind. Wer die KV-Verhandlungen verfolgt, fragt sich manchmal, warum die UnternehmensvertreterInnen so auf der "Flexibilität" herumreiten, wenn sie in der Praxis meist ohnehin nicht genutzt wird. Hier geht es um eine längerfristige totale Aushöhlung von gesetzlichen Arbeitszeitregelungen mit dem Ziel einer für die Betriebe optimalen Ausnutzung der Arbeitskraft.

Anfang des Jahres werden auch die Auswirkungen der "Mindestsicherung" deutlich werden. Eine Maßnahme, die für viele eine Reduzierung ihres ohnehin spärlichen Einkommens bedeuten und den Druck auf Arbeitslose erhöhen wird. Menschen die bisher Sozialhilfe bekommen haben, bekommen nun die "Mindestsicherung" - müssen dafür aber dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Es wurde damit ein weiteres Instrument geschaffen, um Menschen den Bezug gerade dieser Mindestsicherung, die sie so dringend brauchen, zu sperren. Bei steigender Arbeitslosigkeit wird der Druck auf Arbeitslose insgesamt steigen, das AMS "muss" Ausgaben kürzen - also Vorwände suchen, um den Bezug zu sperren.

Es wird auch versucht, das Kräfteverhältnis im Betrieb zugunsten des Managements zu verbessern. In IV-Sprache heißt das dann "betriebliche Sozialpartnerschaft". Gemeint ist damit, dass nicht Kollektivverträge bzw. die Gewerkschaft die Interessen der Beschäftigten verteidigen, sondern man sich das "auf betrieblicher Ebene ausmacht". Die Verhandlungsposition eines einzelnen Beschäftigten oder auch eines Be-

triebsrates in einem Einzelbetrieb, wo mit Kündigungen gedroht wird, ist denkbar schlecht - auf diese Erpressungspolitik setzen IV & Co. Eine Politik, die übrigens auch von der FPÖ gefahren wird: Der RFW - "der Ring freiheitlicher Wirtschaftler" - fordert Notgesetze Kraft derer in Betrieben ohne Einfluss der Sozialpartner (also der Gewerkschaft) und der Politik (also Arbeitszeit-, ArbeitnehmerInnenschutz- und Lehrlingsschutzgesetze) Vereinbarungen getroffen werden dürfen. Und "der ÖGB kann kein Verhandlungspartner für die Wirtschaft sein, die GPA solle aus dem täglichen Wirtschaftsleben verschwinden".

### Weg mit dem teuren Sozialstaat

Die zweite Ebene der Angriffe wird der Abbau des ohnehin schon löchrigen Sozialstaates sein. Der Sozialstaat ist ein mühsam erkämpftes und mit den Beiträgen von ArbeitnehmerInnen und ihren Familien aufgebautes System, dass soziale Katastrophen abwenden soll. Die ArbeiterInnenbewegung hat den Sozialstaat als zentrales Ziel formuliert, weil sie jenen Menschen, die vom Kapitalismus ausgespuckt werden weil sie nicht rentabel sind - die Alten, Kranken, Behinderten, Arbeitslosen,... - ein menschenwürdiges Leben ermöglichen will. Nein, 2010 wird der Sozialstaat nicht vollständig abgeschafft werden. Aber er wird weiter ausgehöhlt werden. Am Ende des Prozesses steht - wenn er nicht verhindert wird - eine miese Minimalversorgung für die Masse und teure Zusatzversicherungen für jene, die es sich leisten können. Und zwar in allen Bereichen: bei der Bildung, der Gesundheit, den Pensionen. Die Deutsche Gesundheitsreform zeigt, wohin es gehen soll (siehe Seite 2).

Die langen Wartezeiten für Normalsterbliche unterstreichen, dass es eine 2-Klassen-Medizin gibt. 2010 werden wohl weitere Leistungen der Kassen gestrichen werden. Mit der Verordnung von Gesundheitsminister Stöger, H1N1-erkrankte Personen nicht im Spital sondern Zuhause unter Quarantäne zu stellen und durch eine Person betreuen zu lassen, zeigt die Richtung: Frauen, bleibt Zuhause, pflegt eure Angehörigen, das entlastet das Gesundheitswesen.

Auch bei den Pensionen wird Einsparungspotenzial geortet. Beginnend mit einer medialen Hetze gegen die "gierigen Alten" wird die Anhebung des Pensionsantrittsalters diskutiert. Die Rechnung ist einfach: wenn gleichzeitig bei den Arbeitslosen gekürzt wird, spart das dem Staat Geld. Es gibt dann zwar auch nicht mehr Jobs, dafür aber weniger (teure) PensionistInnen und mehr (billigere) Arbeitslose.

Und natürlich noch die "Verwaltungsreform". Ein Dauerbrenner der Politik ist die Kürzung von Verwaltungsausgaben. Gemeint sind damit natürlich nicht die hohen PolitikerInneneinkommen. Oder die Ausgaben für ministeriale Dienstwagen, Empfänge und Ähnliches. Gemeint sind Personalabbau und Lohnkürzungen im Öffentlichen Dienst. Auch dazu wieder Hetze gegen die "teuren, faulen Beamten". Die Angriffe auf die LehrerInnen sind hier nur der Anfang. Aber: die Kürzung der Verwaltungsausgaben bedeutet z.B. weniger Finanzbeamte um die Steuerhinterziehungen der Unternehmen zu ahnden, weniger LehrerInnen und größere Gruppen in der Kinderbetreuung. Verwaltungsausgaben, das sind die Beschäftigten bei den Sozialämtern die sich um immer mehr Bedürftige kümmern müssen, Stellen beim Jugendamt, die bei Gewalt in der Familie helfen sollen...



## Es reicht! Widerstand beginnt sich zu fo

2009 sah die größten Jugendproteste der letzten Jahrzehnte: 60.000 SchülerInnen haben im Frühjahr in mehreren Schulstreiks erfolgreich gegen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit gekämpft. Das Herbstsemester begann an den Universitäten mit einer Welle von Hörsaalbesetzungen. In einer Reihe von Großdemonstrationen haben österreichweit zehntausende Studierende auf die Missstände an den Universitäten hingewiesen und "Freie Bildung für Alle" gefordert. Zentraler Kritikpunkt ist die zunehmende Verkommerzialisierung der Bildung. Also dass sich Lehrinhalte und -methoden daran orientieren, was die Wirtschaft braucht. Und die braucht keine umfassend gebildeten, selbstständig denkenden, kritischen Menschen, sondern Fachidioten, die brave Rädchen im System sind. Die Wirtschaft braucht TechnikerInnen und keine SoziologInnen, PolitikwissenschaftlerInnen oder HistorikerInnen. Den Studierenden ist der Kragen geplatzt. 84% müssen neben dem Studium arbeiten, und trotzdem leben rund 50% der Studierenden unter der Armutsgrenze. Weil sie arbeiten müssen und weil es an den Unis zu wenig Raum und oft auch zu wenig Lehrveranstaltungen gibt, dauert ihr Studium länger als geplant. Und dann dürfen sie sich noch als "Bummelstudenten" beschimpfen lassen.

### Fans des Kapitalismus sind inzwischen zur kleinen Sekte geworden

Die Proteste der Studierenden haben breite Unterstützung in der Bevölkerung. Viele sind einfach froh darüber, dass sich endlich wehrt. Denn dass es reicht, dass findet wohl inzwischen die Mehrheit der Menschen. Laut einer BBC-Umfrage finden in Deutschland gerade mal 16%, dass der Kapitalismus ein gut funktionierendes System sei, weltweit sogar nur

11%. Auch in Österreich wächst die Unzufriedenheit. Kein Wunder, wenn fast 40.000 Jugendliche einen Job suchen. Auf jede offene Lehrstelle gibt es mehr als fünf Stellensuchende. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter an, die Kurzarbeit reduziert das Einkommen von ganzen Familien dramatisch und rettet keine Jobs. Im Gegenteil werden die Jobs dann nach Auslaufen der Kurzarbeit trotzdem abgebaut. Ein Siemens-Beschäftigter der angesichts des Stellenabbaus anonym bleiben möchte meint: "Es treibt mir die Zornesröte ins Gesicht, wenn ich zusehen muss, wie Millionen Euro an Förderungen von der öffentlichen Hand an Siemens fließen, während hunderte höchstqualifizierte Techniker, Physiker, Mathematiker abgebaut werden! Zwar wird gegenüber Medien von der Schaffung von 200 Arbeitsplätzen schwadroniert, aber es ist doch bekannt, dass diese Forscher nur in eine neue Abteilung verschoben wurden." In Linz sind tausende Menschen vom Quelle-Konkurs betroffen, zehntausende werden wegen anderer Betriebsschließungen ihre Arbeit verlieren. Aber weil das AMS die Kurzarbeit finanziert, wird bald kein Geld mehr da sein - und über Leistungskürzungen bei den Arbeitslosen diskutiert werden. Wer eine "zumutbare" Arbeit nicht annimmt (Fahrzeit 3 Stunden pro Tag, miese Bezahlung, keine Betreuung für die Kinder), der verliert das Geld vom AMS. Gleichzeitig besitzt laut Statistik jeder von uns 52.298 Euro. Sie haben das wohl nicht, und die meisten die sie kennen ebenfalls nicht. Die reichsten 10 Prozent haben mehr als die Hälfte des privaten Geldvermögens - noch ohne Immobilien.

Die Banken bekommen Milliarden aus unseren Steuergeldern, aber wer sein Geld in eine private Pensionsversicherung gesteckt hat, muss Kürzungen hinnehmen. Rund 560.000 Menschen in Österreich haben Anspruch auf eine

# Rechts und Mobilisierung von Links

von Regierung und Unternehmen auf  
g wird sich die aufgestaute Wut über die  
d Jugendlichen führen. Und: Der Rassismus  
u auf 2010 von Sonja Grusch.



## ormieren

zusätzliche Firmenpension - sie werden nur einen Bruchteil davon sehen. Aber beim Management kann "leider nicht in bestehende Verträge eingegriffen werden". Das macht zu Recht wütend.

### Es gibt Arme, weil es Reiche gibt

Wachsende Armut und wachsende Ungleichheit bedeuten schlicht: sozialer Sprengsatz. Wenn der eigene Lebensstandard halbwegs passt, lässt sich leichter akzeptieren, dass es manche gibt, die unverschämt reich sind. Aber wer trotz Arbeit arm ist, wer den Job verliert und nicht weiß, wie die (schon wieder gestiegene) Miete bezahlen, wer sich darüber hinaus noch per Medien ausrichten lassen darf, dass sich "Leistung lohnt", dem reicht es irgendwann. Das spüren auch die Gewerkschaften. Unter dem Druck der Studierendenproteste und wegen des wachsenden Drucks aus den Betrieben hat die Gewerkschaft GMTN bei den KV-Verhandlungen sich - für ihre zahmen Verhältnisse - kämpferisch gegeben (aber letztlich ein mieses Ergebnis akzeptiert). Neben den diversen KV-Verhandlungen gibt es den monatelangen Konflikt bei den DruckerInnen um einen neuen KV und den Offensiv-Kampf der KindergärtnerInnen. Der "Kindergartenaufstand" ist eine Basisinitiative von PädagogInnen und AssistentInnen, die sich gegen die steigende Arbeitsbelastung wehren. Sie fordern bessere Bezahlung, kleinere Gruppen und bessere Ausbildung, um eine gute Betreuung für die Kinder gewährleisten zu können. Es ist - wie bei den Studierenden - ein Protest aus Verzweiflung über die Zustände und ein offensiver Kampf für Verbesserungen. Und die Studierenden haben mit ihrem Kampf binnen kürzester Zeit Zugeständnisse erreicht. Zu wenig, aber das hat vielen Mut gegeben und ge-

zeigt, dass sich Widerstand rechnet! Die Gewerkschaft war - zumindest zum Teil - gezwungen die Proteste zu unterstützen. Dieser Basisinitiative werden andere folgen.

### Proteste werden zunehmen

Der Mythos vom "gemütlichen Österreicher" der sich alles gefallen lässt und sich nicht wehrt, hält sich trotzdem - bemerkenswerter Weise gerade unter Linken. Und doch ist es eben nur ein Mythos. Die fehlende Tradition von Klassenkämpfen ist ein erschwerender Faktor, weil die Erfahrung fehlt. Aber sie ist längst kein absolutes Hindernis mehr. So wie "die Jugend" nicht unpolitisch ist, sind "die ArbeiterInnen" nicht brav. In den Studierendenprotesten ist es zu einem recht intensiven Schulterschluss zwischen Studierenden, Lehrenden und ArbeiterInnen aus anderen Branchen gekommen - das ist eine neue Qualität, die sich 2010 fortsetzen wird und die Spaltungsversuche der Herrschenden systematisch untergräbt.

In den kommenden Protesten werden sich neue Strukturen entwickeln, werden Beschäftigte selbst aktiv werden. Sie werden umso erfolgreicher sein, je demokratischer sie organisiert sind, dh je mehr die Beschäftigten selbst entscheiden und organisieren. Die Gewerkschaftsführung wird zunehmend zu Getriebenen der Basis werden und in Folge davon wird es personelle und inhaltliche Brüche innerhalb der Gewerkschaftsbewegung geben. Kämpferische KollegInnen, die heute noch keine Funktionen haben, werden in Bewegungen eine zentrale Rolle spielen, werden Verhandlungsergebnisse in Urabstimmungen überprüfen lassen und können den ÖGB grundlegend verändern - zu einer echten Kampforganisation.

## Die Schlacht um Wien: Warum die SPÖ Strache nicht stoppen kann

In Wien beginnen langsam alle Parteien, sich auf die Gemeinderatswahl 2010 vorzubereiten. Die Hauptgegner in dieser Wahl werden FPÖ und SPÖ sein. Daneben wird kaum Platz sein, die ÖVP und die Grünen werden Nebenschauplätze sein. Nach den Wahlerfolgen der FPÖ in Vorarlberg und v.a. In Oberösterreich fürchten viele eine Wiederholung in Wien. Strache als Wiener Bürgermeister - eine echte Gefahr?

### FPÖ wächst durch SPÖ-Politik

Die Wahlerfolge der FPÖ sind nicht alleine auf den jugendlichen Strache, seine Sangeskünste oder das Programm der FPÖ zurückzuführen. Sie sind v.a. eine Ablehnung der Politik von SPÖ und ÖVP und Ergebnis ihres Unwillens, dem Rassismus etwas entgegen zu setzen. Wien ist leider keine Ausnahme für jenen neoliberalen Umbau der letzten Jahre. Alleine in der Hauptstadt sind 100.000 Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, 250.000 sind armutsgefährdet. 130.000 WienerInnen arbeiten Vollzeit und bekommen dafür weniger als 1000.- brutto. Große Teile der Wiener Infrastruktur gehören nicht mehr der Gemeinde Wien, sondern internationalen Finanzinstituten. Bei den Gemeindebediensteten wird der Druck erhöht - bei den KindergärtnerInnen hat das bereits zu massivem Unmut geführt. In Wien ist vieles noch besser -

me für die SPÖ nichts. Nein, es ist nicht egal, ob Häupl oder Strache Bürgermeister ist. Die FPÖ ist eine wesentlich aggressivere Kampfansage an MigrantInnen. Aber Häupl & Co bereiten den Boden für Strache und seine Konzepte und sind daher kein Bollwerk gegen Rechts.

### Linke Alternative zu Rassismus ist notwendig!

Das zentrale Thema des Wiener Wahlkampfes wird das "Ausländerthema" sein. Die FPÖ wird (schlecht) reimen und hetzen. Und die anderen Parteien werden in einer schwachen Variante folgen (ÖVP, SPÖ) oder hilflos kontern (Grüne). Wir haben schon in den letzten Monaten gesehen, welche Punkte aufgegriffen werden: Islamische Zentren und Moscheen und die Kreuzfrage. Was kümmert es die FPÖ, dass in manchen Klassen nach wie vor über 30 SchülerInnen sitzen, dass die meisten LehrerInnen keinen eigenen Arbeitsplatz in der Schule haben, dass viele Schulen sanierungsbedürftig sind - Hauptsache das Kreuz hängt. Egal, dass pubertierende Jugendliche wenig über Verhütung wissen, oder wie frau sich gegen sexuelle Belästigung wehrt - Hauptsache das Symbol des Abendlandes bleibt uns erhalten. Egal, dass MitschülerInnen, die als AsylwerberInnen gekommen sind, plötzlich verschwinden, weil sie abgeschoben werden - Hauptsache das christliche

*In Wien ist vieles noch besser – aber nicht deshalb, weil die SPÖ eine bessere Politik betreibt, sondern weil sie den Abbau von einem höheren Niveau aus durchführt.*

*Da ist der Weg nach unten einfach länger.*

aber nicht deshalb, weil die SPÖ eine bessere Politik betreibt, sondern weil sie den Abbau von einem höheren Niveau aus durchführt. Da ist der Weg nach unten einfach länger.

### SPÖ wählen um Strache zu verhindern?

Geht es bei den Wiener Wahlen wirklich darum, einen Bürgermeister Strache zu verhindern? Für Vor-Wahl-Umfragen ist es noch zu früh. Aber die Entwicklung in Wels (OÖ) zeigt, wohin die Reise gehen könnte. Eine SPÖ die ganz normale neoliberale Politik betreibt, gepaart mit der Selbstherrlichkeit von PolitikerInnen die "immer schon" an der Macht waren - das hat die FPÖ in Wels so stark gemacht, dass es im Oktober 2009 zu einer Bürgermeister-Stichwahl gekommen ist. Die Wahlordnung in Wien ist anders, es gibt keine Bürgermeisterdirektwahl. Eine Stichwahl wie in Wels ist also nicht möglich, entscheidend sind die Mehrheitsverhältnisse der Parteien im Rathaus. So weit, so gut. Aber eine massive Stärkung der FPÖ ist zu erwarten, denn die Unzufriedenheit ist auch in Wien groß. Die Antwort der SPÖ darauf ist ein schärferer Anti-AusländerInnenkurs und die Verstärkung der Überwachung in Wien. Also die Umsetzung von FPÖ-Konzepten. Gegen einen "durchs Reden kommen die Leute zusammen" Ansatz - wie er vordergründig propagiert wird - ist nichts einzuwenden. Aber real existierende Probleme werden durch ein paar KontrolleurInnen in den Gemeindebauten, den Straßenbahnen und auf der Straße nicht gelöst. Es fehlt an leistbaren Wohnungen, an jugendgerechten Freizeitzentren, an Spiel- und Sportmöglichkeiten...

Wegen der Bundespolitik, aber auch weil sich die Politik der Wiener SPÖ nicht maßgeblich unterscheidet wird Strache bei den Wiener Wahlen stark zulegen. Eine Stimme für die SPÖ oder auch die Grünen würde diesen Aufstieg bestenfalls vordergründig bremsen. Denn an genau jener Politik, die dazu führt, dass Parteien wie die FPÖ gewählt werden, ändert eine Stim-

Zeichen der Nächstenliebe hat Bestand.

Die Religionsgemeinschaften - die nebenbei gesagt auch viel Leid über die Menschheit gebracht haben - sind private Vereinigungen. Und als solche dürfen sie eigentlich nicht vom Staat finanziert oder privilegiert behandelt werden. Wenn es anderslautende Verträge gibt - wie das Konkordat - dann sollten sie schleunigst gekündigt werden. Nicht nur die Kreuze, sondern der ganze Religionsunterricht gehört aus den Schulen entfernt. Was auch eine Menge Geld für besseren Unterricht bringen würde!

Bei ihrer Hetze gegen islamische Zentren, Gebetshäuser und Moscheen versteckt sich die FPÖ gerne hinter "Bürgerinitiativen" und Ähnlichem. So unterstützt sie seit längerem maßgeblich eine sogenannte "Bürgerinitiative" in Wien 20 gegen den Ausbau eines islamischen Zentrums. Diese verbreitet übrigens auf ihrer von der FPÖ finanzierten Homepage auch Lügen über die SLP. Auch in Wien 10 versuchte die FPÖ mit dem Thema zu punkten. Während es vordergründig um Parkplätze, Lärm und Öffnungszeiten geht, wird heftig gegen "die Moslems" gehetzt. Eine Methode, die zwar der FPÖ zu Stimmen verhilft, aber garantiert keines der Probleme, die es beim Zusammenleben gibt, löst.

Bei der Schlacht um Wien geht es darum, eine entschlossene linke Alternative zu den etablierten Parteien und zum Rassismus der FPÖ aufzustellen. Eine Alternative, die keinerlei Zugeständnisse an die rechten Hetzer macht, sondern für den gemeinsamen Kampf von In- und AusländerInnen steht. Eine Alternative, die sich nicht darauf beschränkt, Stimmen zu keilen, sondern die echten Widerstand vor Ort gegen soziale Ungerechtigkeit organisiert. Ob es eine solche Alternative wienweit geben wird, ist noch nicht klar - das hängt davon ab, ob es ernsthafte Schritte zu einer solchen neuen, linken Struktur geben wird. Aber eines ist klar - die SLP wird in diesem Wahlkampf präsent sein und eine solche Alternative anbieten.

# Gefährlich, schmutzig und blöd

..warum Sexualaufklärung uns das (manchmal) beibringen möchte



von Antonia Kreissl, SLP-Wien

Wer von uns, liebe Leserin, lieber Leser, hat sich je gemütlich und verstanden gefühlt bei den Unterrichtsstunden zu "Fortpflanzung des Menschen" oder "Geschlechtlich übertragbare Krankheiten"? Hat man da je etwas später Nützliches gelernt, wenn man Beschreibungen hört von einem ominösen Objekt vom Namen "Glied", das Flüssigkeit an einen weiteren, ebenso seltsamen Ort, der "Gebärmutter" heißt, "schießt"? Das alles führt dazu, dass Menschen, sowas wie wir, entstehen, wachsen, so wie sich Moos an einem dunklen, feuchten Ort einfach mal so bildet.

Bei wem es nicht so war, der hatte Glück und war eine Ausnahme. Ich hatte das Privileg, mit 16 zwei Stunden nur mit den Mädchen aus meiner Klasse einen Sexualpädagogen befragen zu können. Einen lockereren Typen, der das alles sehr unverkrampft erklärt hat und auch nicht außen vor gelassen hat, das Sex (-> s.o.) auch schön ist, etwas mit Emotionen zu tun hat, nicht nur "Menschenproduktion" ist.

Dieser Experte war allerdings von Pfizer bezahlt, einem Pharmakonzern, der natürlich auch ein Interesse daran hat, seine Produkte zu verkaufen. Wenn Pfizer diese und jene Antibabypille herstellt, wird eine SexualpädagogIn, der/die von dieser Firma bezahlt wird, vorrangig diese Verhütungsmethode empfehlen und wenig auf ihre Gefahren und Nachteile eingehen.

Von der Schule selbst kommen selten gute Angebote. Die meisten LehrerInnen sind selbst zu verklemmt dafür und für unabhängige Beratung fehlen meist Geld, Zeit und Interesse.

## Menschenproduktion statt Spaß

Und warum ist die Schule, eine staatliche Organisation für die Bildung junger Menschen, auch keine tolle Quelle für Information? Dort wird Sex und Liebe Großteils als "Geschlechtsakt" dargestellt, also eine Tätigkeit bei der man Menschen, Humankapital, produziert. Und das hat nicht nur etwas mit der Verklemtheit von PädagogInnen und LehrplanerstellerInnen zu tun.

Wenn Sex als etwas, das Freude, und nicht nur Kinder produziert, dargestellt wird, dann spricht das für eine ganz bestimmte Weltanschauung: Frauen sind

nicht nur da um Humankapital zu produzieren; Sex ist nicht geheim und pervers, sondern eine natürliche Sache, bei der jedeR gleich respektiert wird - also eine sehr offene, menschenfreundliche Weltanschauung. Ist aber eine solche "praktisch" verwertbar und wirtschaftlich für eine Wirtschaftsordnung wie den Kapitalismus? Wohl kaum, wer selbstbewusst und selbstbestimmt beim Sex ist, der/die ist das auch bei anderen Dingen - z.B. auch dem Chef gegenüber. Im Kapitalismus wird alles zu Ware - Sexualität und auch der Mensch an sich. Also steht auch in der Wissensvermittlung die Menschenproduktion im Vordergrund.

## Sex und Wirtschaftszyklen

In der Tat gibt es einen Zusammenhang zwischen Frauenrechten und dem Bild von Sexualität (insbesondere weiblicher) und den Konjunkturzyklen. In Krisenzeiten wird das „traditionelle“ Frauenbild in den Vordergrund gerückt, in Aufschwungzeiten ist Moderneres angesagt:

Das zeigt sich schon an der Rocklänge - je tiefer die Krise, desto länger die Röcke. Die Mode in den sogenannten goldenen Zwanzigern ist zum Beispiel viel weniger einengend, kürzer und emanzipierter. Sie drückt das auch in sexuellen Fragen gewachsene Selbstbewusstsein von Frauen, aus. Das war die Folge von revolutionären Bewegungen nach 1917, entsprach aber auch den Bedürfnissen der Wirtschaft, die in Boomzeiten mehr Arbeitskräfte (also auch Frauen) brauchte.

Der Zweite Weltkrieg setzte auf „praktische“ Mode - und dennoch „feminin“. Frauen mussten Männerarbeiten verrichten, die ihren Gatten vorbehalten gewesen waren. Aber besagte Gatten waren tot. Lange Röcke, eine stark betonte Taille, großer Busen und breite Hüften statuierten zusätzlich ein konservatives Frauenbild - Frauen sollten viele Kinder kriegen (weil sie gebraucht wurden, waren uneheliche weit weniger verpönt als vorher) und sich um Kranke und Verwundete kümmern.

Darauf folgte das „Wirtschaftswunder“ des Wiederaufbaus - und siehe da, der Minirock wurde in den 60ern geboren. Frauen demonstrierten für ihre Rechte und die neue Stärke von Frauen war ein wesentlicher Teil der „sexuellen Revolution“ der 1970er Jahre. Dazu gehörte auch der weltweit geführte Kampf um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

## Zu simpel?

Klar, ganz so simpel ist es nicht - die ArbeiterInnen- und die Frauenbewegung hat viel erreicht. Das Bild von Sexualität ist heute ein anderes als vor 100 Jahren. Dennoch müssen wir die Frage stellen: „Ist es im Sinne derer, die für unsere Bildung zuständig sind, uns über unsere Möglichkeiten und Rechte auf dem Gebiet der Sexualität aufzuklären? Wollen sie auch sexuell selbstbewusste Menschen?“ Anscheinend nicht, sonst wäre die Situation nicht so, wie sie momentan ist. In Anlehnung an ein berühmtes Zitat, das wohl auch beim Sex gilt: "Die herrschende Meinung ist immer die Meinung der herrschenden Klasse."



## Sozialismus: Und er funktioniert doch!

von Simon Nagy, SLP-Wien

„Sozialismus wird nie funktionieren, da geht doch keiner mehr arbeiten!“ So lautet das am häufigsten gebrachte Argument gegen das von uns erstrebte System. Doch ein Blick in das von StudentInnen besetzte Audimax der Uni Wien genügt, um sich vom Gegenteil zu überzeugen. Wochenlang sind Teile verschiedener Universitäten in den Händen der Studierenden. Durch die ausgezeichnet funktionierende Selbstorganisation und Eigeninitiative laufen Organisation der Diskussionen und des Programms, Informationsfluss, aber auch Putzen und Verpflegung reibungslos ab:

Um außerhalb der Plena bestimmte Themen zu diskutieren wurden Arbeitsgruppen gegründet, die sich regelmäßig treffen und auch Aktionen planen. Die StudentInnen haben Putztrupps gebildet, deren Belegschaft immer wieder wechselt. Die Volksküche, das kostenlose Buffet des Audimax, wird den ganzen Tag über von verschiedenen BesetzerInnen betreut und durch Spenden finanziert.

Über diverse Internetseiten wie Facebook und die offizielle UniBrennt-Homepage wird verkündet, was im Audimax gerade gebraucht wird, von Obst bis hin zu Netzkabeln. Und zum gewünschten Zeitpunkt ist alles an Ort und Stelle.

Was diese Beispiele verdeutlichen, ist, dass im Gegensatz zum Eingangs-Mythos Sozialismus funktionieren wird: Wenn Menschen freiwillig arbeiten, sich in ihre Arbeit richtig einbringen können und an etwas mitwirken können, was sie auch interessiert, dann ist die Einstellung zu Arbeit eine vollkommen andere: JedeR kann sich dort einbringen, wo seine oder ihre Fähigkeiten liegen - in der Uni sieht das zum Beispiel so aus, dass diejenigen, die gut kochen können, die Volksküche übernehmen und andere die Homepage betreuen - diskutiert wird dann gemeinsam. Man kann anhand der Audimax-Besetzung sehen, dass Leute bereit sind, total viel Zeit und Kraft in etwas zu investieren, wenn sie in dieser Aktivität einen Sinn sehen und sie sich mit ihrer Arbeit identifizieren können.

Und wie Karl Marx so schön gesagt hat, als er gefragt wurde, wer denn im Sozialismus den Boden putzen würde: „DU wirst den Boden putzen!“ Genauso wie jedeR andere es auch tun wird! Wenn man das Gefühl hat, mit seiner Arbeit etwas Sinnvolles zu leisten, dann ist es auch nicht so schlimm, einmal einen Tag lang den Putzdienst zu übernehmen.

# Demos, Demos, Demos - ein heißer Herbst

Es war ein „heißer Herbst“, den Studierende und GewerkschafterInnen den Herrschenden bereitet haben. Und die SLP war und ist aktiv dabei. Von der ersten Stunde an waren SLPLerInnen bei den Protesten an den Universitäten vertreten - in Wien, Linz, Salzburg und Graz. Wir haben besetzt, gekocht, organisiert und diskutiert. SLPLerInnen haben immer wieder betont, wie wichtig der Schulterschluss mit anderen ist, die sich wehren - mit KindergärtnerInnen, DruckerInnen und MetallerInnen. Und diesen Schulterschluss gab es auch ganz konkret: Schon wenige Tage nach Beginn der Audimax-Besetzung in Wien solidarisierten sich die protestierenden DruckerInnen, die in Götzis (Vbg), demonstrierten.

## SLP hilft mit verschiedene Bewegung zusammenzuführen

SLPLerInnen waren auf der ersten Großdemonstration des „Kindergartenaufstands“ in Wien und machten den Vorschlag für die „Kindergartenjause“ am 21.11 - den gemeinsamen Diskussionen von KindergärtnerInnen und Studierenden. Michael Gehmacher von der SLP half entscheidend mit bei Organisation und Planung der ersten gemeinsamen Demonstration von MetallerInnen und Studierenden am 12.11. Durch die Schwesterorganisationen der SLP konnten Grußbotschaften für die Studieren-

den u.a. aus den USA und vom EU-Abgeordneten Joe Higgins organisiert werden, der schreibt: „Die EU ist ein Instrument der Banken und Konzerne und wie ihr bekämpfe auch ich die Versuche der EU, alles - das heißt Gesundheit, Pensionen und eben auch Bildung - Profitinteressen unterzuordnen.“ SLPLerInnen haben auf die internationale Dimension der Bewegung hingewiesen und schlagen europaweite Proteste gegen die Bildungsmisere vor. Auch die Verbindung zu den Studierendenprotesten in Iran wurde von SLPLerInnen wie Irene Müller und Tilman Ruster betont und hierzu gemeinsame Aktionen organisiert.

## Protestbewegung wirkt auch gegen Rassismus

Noch einen weiteren wichtigen Aspekt haben die Studierendenproteste: Sie können ein Instrument sein, um den Aufstieg der rechtsextremen Parteien und Gruppen zu stoppen. Wenn eine ganze Generation politisch aktiv wird, beginnt, sich selbst zu wehren und zu organisieren, nicht mehr auf StellvertreterInnen setzt und das Ganze mit einem klar antirassistischen Anspruch - dann ist das ein harter Schlag für die extreme Rechte mit ihrem Eliten- und Führerbild und ihrem Rassismus. Darauf wies Sonja Grusch in ihrem Vortrag im besetzten Audimax

hin. Das Jugendliche alles andere als unpolitisch sind, beweist Stefan Wundern, 18, Schüler aus Linz als er erklärt, warum er der SLP beigetreten ist: "Weil man den Mächtigen die Macht entreißen muss. Wir brauchen eine starke linke Kraft, die unsere Interessen vertritt".

## Die SLP in Aktion - Sei dabei!

Und weil die SLP nicht nur redet, sondern auch handelt, haben sich SLPLerInnen aktiv an den Protesten gegen die Burschenschaftertreffen am 20. und 21.11. beteiligt. Überdies hinaus hat die SLP in Linz die Initiative zu einem Marsch für Jugendrechte am 20.11. gesetzt, der lautstark über die Landstraße zog - gegen Jugendarbeitslosigkeit, aber auch gegen den neuen ultrarechten Sicherheitsbeauftragten von Linz.

Wir können den AutofahrerInnen keine Entwarnung geben: Auch in den folgenden Wochen wird es eine Reihe von Protesten geben. Die SLP wird dabei sein - und Du hoffentlich auch! David Baumgartner, 16, Schüler aus Linz bringt es auf den Punkt: "Weil Österreich eine neue starke Linke mit revolutionären Ideen braucht, die den Rechten und Kapitalisten die Grenzen aufzeigt".

Laufend aktuelle Infos unter [www.slp.at](http://www.slp.at)

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

### LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,  
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at)

### SALZBURG

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,  
"Shakespeare", Salzburg,  
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

### Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

### WIEN

#### SLP-SchülerInnen

Jeden Montag um 18.00

"Amerlinghaus" - Raum 3  
7.; Stifftg. 8 (Nähe U2/U3-Volkstheater)

Jeden Mittwoch um 19.00

"Pizzeria La Piazza"  
20.; Gaussplatz 7

Jeden Mittwoch um 19.00

"Zypresse"  
7.; Westbahnstrasse 35a

Jeden Donnerstag um 19.00

Cafe "Das Schwarze Schaf"  
8., Lederergasse 26

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?  
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles  
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

**Jetzt Abo  
bestellen!**



Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\*  
an PSK 8812.733  
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort  
"Abo" nicht vergessen!

\* Sozialpreis für Menschen ohne  
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben  
inkl. Porto und Versand

**ALLES  
INKLUSIVE**

## Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

## SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP österreichische Sektion des CWI  
[www.slp.at](http://www.slp.at)

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI  
[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Site of the CWI in English (and other Languages)  
[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

Special CWI-Site on China (English, Chinese)  
[www.chinaworker.org](http://www.chinaworker.org)

Páginas del CIT/CWI en español  
[www.mundosocialista.net](http://www.mundosocialista.net)

TIPP: Auf [www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net) findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



## Neues aus dem CWI

### Massenstreik von SchülerInnen und StudentInnen

DEUTSCHLAND - Den Ausgangspunkt für die neuen Bildungsproteste stellt Österreich dar. In Deutschland gingen am 17. November 85.000 SchülerInnen und Studierende auf die Straße um für bessere Bildung zu demonstrieren. Am Aktionstag beteiligten sich bundesweit über 60 Städte, darunter Berlin (15.000), München (10.000), Wiesbaden (10.000), Freiburg (6.000), Köln (5.000) und viele andere. Etwa 30 Hörsäle wurden in deutschen Universitäten besetzt. Die Proteste waren längerfristig geplant. Das Bündnis „Bildungsstreik“, in dem auch die deutsche Schwesterorganisation der SLP, die SAV, eine wichtige Rolle spielt, hat die Bewegung vorbereitet. In Hessen streikten zeitgleich auch die LehrerInnen und kamen zu einer gemeinsamen Demonstration mit SchülerInnen und StudentInnen nach Wiesbaden. In Berlin beteiligten sich die im Warnstreik befindlichen Beschäftigten des Studentenwerks und einige GebäudereinigerInnen an den Protesten. In diesem Sinn hieß es auch auf einem Transparent „Bildungsstreik – Putzstreik – Generalstreik“, und in vielen Redebeiträgen wurde von AktivistInnen der SAV zum gemeinsamen Kampf aufgerufen.

### Erfolgreiche Konferenz unter schwierigsten Bedingungen

SRI LANKA - Seit dem Sieg der sri-lankische Armee und der Zerschlagung der LTTE schwappt eine chauvinistische Welle durch Sri Lanka. Die Unterdrückung der tamilischen Bevölkerung hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Gleichzeitig gibt es massive staatliche Repression gegen konsequente linke Kräfte, die für die Überwindung der Spaltung der ArbeiterInnenklasse und für das Selbstbestimmungsrecht der TamilInnen kämpfen. Maßgeblich richtet sich diese Repression gegen die United Socialist Party, die sri-lankische Schwesterorganisation der SLP. Ihr Generalsekretär Siritunga Jayasuriya steht auf einer Todesliste. Trotz diesen schwierigen Bedingungen war die Durchführung einer erfolgreichen Konferenz möglich. Die Delegierten aus allen Landesteilen, darunter auch zahlreiche TamilInnen aus der zentralen Hochlandregion, legten den Grundstein für den weiteren Kampf der USP gegen Chauvinismus und Unterdrückung und für ein friedliches, sozialistisches Sri Lanka.

www.socialistworld.net

# Die EU: Instrument der Neoliberalen

Der Vertrag von Lissabon oder: Warum die EU auch in Zukunft der ArbeiterInnenklasse nichts bringt

von Jakob Unterwurzacher, SLP-Wien

Nach dem „Ja“ in Irland und der Unterschrift des tschechischen Präsidenten Václav Klaus tritt der Vertrag von Lissabon am 1. Dezember 2009 in Kraft. Der Weg dorthin war lang und steinig – allerdings nicht wegen Klaus und Co., sondern wegen dem Widerstand aus der ArbeiterInnenklasse: Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (EU-Verfassung) scheiterte 2005 am „Nein“ in der Volksabstimmung in Frankreich und der Volksbefragung in den Niederlanden. 2007 wurde die EU-Verfassung kaum verändert unter neuem Namen präsentiert: Als Vertrag von Lissabon. Beim zweiten Versuch sollte die Masse der Bevölkerung nicht dazwischenfunken: In Frankreich wurde die Verfassung geändert, sodass keine Volksabstimmung mehr nötig war. Auch in den Niederlanden wurde keine Volksbefragung durchgeführt. Nur in Irland wurde das Volk zu den Urnen gerufen, weil das durch die irische Verfassung zwingend vorgeschrieben ist. Im Juni 2008 stimmten die Iren gegen die Aufrufe aller großen Parteien mit „Nein“. Am 2. Oktober 09 wurde erneut über den Vertrag (mit geringen Änderungen) abgestimmt. Unter massiver Pro-Kampagne, unterstützt durch die Wirtschaftsvereinigung und dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und der EU als Rettungsanker ergab sich schließlich ein „Ja“.

### Knackpunkte des Vertrags

Trotz der sehr undemokratischen Entstehungsgeschichte des Vertrags von Lissabon wird von Befürwortern die Demokratisierung der EU als Verdienst des Vertrages genannt. Das EU-Parlament erhält tatsächlich mehr Mitspracherechte, hat aber weiterhin kein Recht auf eigene Gesetzesvorschläge, die nur von der demokratisch nicht legitimierten EU-Kommission kommen.

Der Vertrag verpflichtet die Mitgliedsstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. 42) – ein klarer Schritt zur Militarisierung der EU. Gleichzeitig wird mit dem Vertrag eine eigenständige Außenpolitik der Mitgliedsstaaten unmöglich: „Die Mitgliedstaaten unterstützen die Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos [...]“ (Art. 24) und die Europäische Verteidigungsagentur wird ins Leben gerufen (Protokoll zu Art. 42). Die Außenpolitik wird damit vom Europäischen Rat (Versammlung der Regierungschefs) bestimmt. Das bietet nationalen Regierungen beispielsweise die Möglichkeit, unpopuläre Auslandseinsätze über den Umweg der EU durchzuführen. Dabei geht es nicht um „Frieden“ und „Demokratie“, sondern darum, sich den europäischen Zugriff auf Rohstoffe und Absatzmärkte zu sichern.

Der Vertrag von Lissabon soll weitere Privatisierungen vorbereiten: Er fordert ein „System [...] das den Wettbewerb vor Verfälschungen schützt“ (Prot. 27)



und „die Vereinheitlichung der Liberalisierungsmaßnahmen“ (Art. 207). Wenn man berücksichtigt, dass die EU-Kommission (wird von den nationalen Regierungen ernannt) für die gesamte EU mit Handelsorganisationen wie der WTO verhandeln soll, kann man erwarten, dass sich der Druck zur Privatisierung von öffentlichen Sektoren weiter verstärken wird und „lästige“ nationale Schutzbestimmungen für Umwelt und ArbeitnehmerInnen entfernt werden.

In sozialen Fragen bleibt der Vertrag von Lissabon, wie schon die EU-Verfassung, sehr allgemein. Es wird zwar „die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“ (Art. 151) in Aussicht gestellt, die tatsächliche Ausrichtung der EU aber sollte man an ihren Taten messen.

### Die EU ist ein neoliberales Instrument der nationalen Regierungen

Während für die Stützung von Banken und Industrie sehr rasch EU-Gipfel einberufen wurden, wird für die aktuelle Bildungskrise nichts dergleichen passieren. Trotz aller Statistik-Tricks ist die Arbeitslosigkeit in der EU inzwischen auf den höchsten Wert seit 2000 angestiegen (9,7% nach eurostat). Es wird dennoch keinen Sozialgipfel geben, bei dem europaweit

Verbesserungen für Arbeitslose diskutiert werden. Obwohl soziale Probleme und die Bildungsmisere europaweit explodieren, bemühen sich die nationalen Regierungen, die die EU über den europäischen Rat kontrollieren, weder um nationale noch um europaweite Lösungen. Sie versuchen lediglich, die Wirtschaft des eigenen Landes so gut wie möglich zu schützen. Und das bedeutet im konkreten Fall zwar einerseits mehr Protektionismus für die „eigene“ Wirtschaft, aber auch Zusammenarbeit in der EU gegen die anderen Wirtschaftsblöcke und gegen die „eigene“ Bevölkerung.

Die nationalen Regierungen stehen auf der Seite der Wirtschaft, und damit steht auch die EU auf der Seite der Unternehmen. Da die Politik der EU durch die Bevölkerung nicht bei Wahlen direkt abgestraft werden kann, lassen die nationalen Regierungen sie in vielen Fällen Vorreiter beim Sozialabbau spielen. Die Richter des europäischen Gerichtshof (EuGH) werden von den nationalen Regierungen ernannt, damit ist der EuGH ein politisches Gremium. In den bekannten Fällen Laval, Viking, Ruffert, Luxembourg entschied der EuGH gegen grenzüberschreitende ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte. Das ist ein Hinweis darauf, was er und die EU sind: Ein neoliberales Instrument der nationalen Regierungen.

## Weltklimagipfel in Kopenhagen

# Umwelt“schutz“ im Kapitalismus

von Lila Ramharter, SLP-Wien

Mit dem Weltklimagipfel in Kopenhagen von 6. bis 18. Dezember stellt sich wieder einmal die Frage, was sich denn nun in den letzten Jahren verbessert hätte. Zeigen die im Kyoto-Protokoll festgelegten Maßnahmen eine Wirkung? Ist der Ausstoß von Treibhausgasen tatsächlich wie erhofft zurückgegangen? Die Antworten sind leider Nein. Grund dafür ist die kapitalistische Marktwirtschaft, da selbst in Klimafragen der Profit die größte Rolle spielt. Ein Beispiel wäre der Emissionsrechtehandel.

### Handel mit Umweltschutz funktioniert nicht

So werden jährlich eine (offiziell) begrenzte Anzahl an Emissionszertifikaten von der jeweiligen Regierung an Firmen verteilt oder versteigert (!), die

diese Firmen berechtigen, eine gewisse Menge an Treibhausgasen zu produzieren. Weiters können Firmen, die ihre Emission zurückgeschraubt haben, ihre überschüssigen Zertifikate an andere Firmen verkaufen. Die kapitalistische Logik dahinter: Firmen, die ihre Emission zurückschrauben, werden „belohnt“, indem sie ihre Zertifikate teuer verkaufen können, Firmen, die dies nicht tun, und noch zusätzliche Zertifikate kaufen müssen, werden eben so „bestraft“ – was zu einer allgemeinen Abnahme der Treibhausgasemission führen sollte.

Die Realität sieht jedoch gänzlich anders aus. Das wohl größte Problem bei der Umsetzung dieser Regulierungsmaßnahme stellt das auf Konkurrenz aufbauende kapitalistische System dar. Entgegen der Logik des Zertifikatehandels haben Regierungen an „ihre“ Firmen – aus Angst vor der internationalen Konkurrenz – weit mehr Zertifi-

kate verteilt als nötig oder erlaubt. Gerade in Krisenzeiten versuchen nationale Regierungen „ihren“ Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Als Resultat davon sind derzeit mehr Zertifikate im Umlauf als überhaupt Treibstoffgase produziert werden können!

Und auch die Tatsache, dass Zertifikate mitunter auch versteigert werden, zeigt, dass hier in der Tat nur die wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund stehen. Besonders große Konzerne können sich durch Lohnsenkungen und Preiserhöhungen mit Leichtigkeit den Ankauf von Zertifikaten leisten. Tatsächlich kommt das sogar billiger als die Investition in umweltfreundliche Technologien.

Solange weiterhin nur an den Profit gedacht wird anstatt anders – nämlich im Interesse aller planvoll und demokratisch – zu wirtschaften, wird sich wohl nie etwas ändern.

### Massendemonstrationen

Die allgemeine Unzufriedenheit mit dieser Tatsache zeigt sich auch durch eine Massendemonstration, die für den 12. Dezember in Kopenhagen angesetzt ist. Organisationen und auch Einzelpersonen aus nahezu allen Ländern reisen extra zu der Demonstration nach Kopenhagen, um ihren Unmut über den Wahnsinn der Herrschenden kundzutun. Darunter auch das CWI – das Komitee für eine ArbeiterInneninternationalen -, dem auch die SLP angehört. In Kopenhagen am Gipfel wird wieder einmal nichts für die Umwelt herauskommen. Wir – die „kleinen Leute“ – müssen uns organisieren und wehren gegen einen Umwelt“schutz“ der Reichen und Mächtigen. Solange eine Profitwirtschaft regiert, gibt es keinen wirklichen Umweltschutz und keine Nachhaltigkeit – das haben die Gipfel der Vergangenheit gezeigt.

# VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 185

Dezember 2009 / Jänner 2010

## Jugend kämpft um ihre Rechte



Die "Uni-brennt"-Bewegung hat sich in den vergangenen Wochen nicht nur, ausgehend von der Akademie der Bildenden Künste in Wien, auf andere österreichische Unis ausgeweitet, sondern auch international Solidarisierungen und Proteste nach sich gezogen.

von Tilman Ruster, SLP-Wien

"Wessen Uni? Unsere Uni!" Damit antworten Österreichs Studierende auf die jahrelangen Versuche der wechselnden Regierungen, die Universitäten in „Lernfabriken“ umzuwandeln und sie Stück für Stück zu „Zulieferbetrieben“ für die Wirtschaft zu machen.

Schluss mit überfüllten Hörsälen! Keine Zulassungsbeschränkungen! Schluss mit prekären Arbeitsverhältnissen für Uni-Beschäftigte! Schluss mit selbstherrlich „regierenden“ RektorInnen! Weg mit der „Männer-Uni“! Für die barrierefreie Uni! Weg mit dem Bologna-Prozess!

Das waren die ersten Forderungen der Uni-Brennt-Bewegung, doch damit hörte es noch lange nicht auf. Seit

dem 21.10. (Besetzung der Akademie der bildenden Künste Wien) geht eine regelrechte Protestwelle durch dieses Land. Sie hat als reiner Studierendenprotest begonnen, ist aber längst zu einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung angewachsen. Denn die Ursache für all die Probleme im Bildungsreich ist die gleiche, die die KindergärtnerInnen, die MetallarbeiterInnen und alle anderen ArbeiterInnen, Erwerbslosen und PensionistInnen betrifft: Die seit Jahrzehnten betriebene Politik der Umverteilung von Unten nach Oben.

### Aufstand gegen das Aussitzen

Immer mehr Leute weigern sich, einfach zu akzeptieren, dass sich eine ganze Gesellschaft den „Gesetzen des

Marktes“, also den Interessen Weniger, unterordnet.

Sie haben es satt, ein „Sparpaket“ nach dem anderen hinnehmen zu müssen, während „notleidende Banken“ im Schnellverfahren angeblich nicht vorhandene Milliarden zugeschanzt bekommen. Und deshalb demonstrieren sie gemeinsam mit den Studierenden. So müssen auch die Versuche des Ministeriums und der „großen Koalition“, die Proteste einfach auszusitzen, scheitern. Was die StudentInnen losgetreten haben wird nicht an ermüdeten StudentInnen zugrunde gehen. Denn der Protest zieht seine Energie aus der Ignoranz der Regierung selbst, die davon ausgeht, Politik sei nur für die Wirtschaft da. Und auch wenn Hahn nach Brüssel flieht, wird seinE NachfolgerIn noch mit der Protestwelle zu kämpfen haben.

### Jugend nicht unpolitisch

Die bislang als „unpolitische Jugend“ bekannte Generation hat in den besetzten Hörsälen Freiräume geschaffen und genutzt, um Themen wie Rassismus, Sexismus, freie Bildung, Wirtschaftskrise, Asylrecht und Umweltpolitik einmal abseits von der Beeinflussung durch bürgerliche Medien frei und öffentlich zu diskutieren. Dabei ist immer klarer geworden: Es kann nicht

nur um mehr Geld für Bildung oder höhere Löhne gehen, vielmehr gilt es, die Prinzipien dieser Gesellschaft insgesamt zu hinterfragen.

Wer das tut, sprengt mit ihren/seinen Überlegungen bereits den Rahmen des Kapitalismus, denn die kapitalistische Logik des Profits ist der Antrieb des bestehenden Systems.

### Internationale Dimension

Das internationale Ausmaß, das diese Protestwelle bereits angenommen hat, wird diesen Überlegungen nur gerecht. Denn viele der Entscheidungen, die in die Bildungsmisere und den sozialen Kahlschlag geführt haben, wurden auch auf internationaler Ebene getroffen.

Eine gute Gelegenheit den Widerstand international zu formieren, wären das Bildungsministertreffen Ende Jänner oder der 10. Jahrestag des Bologna-Vertrages, der im März 2010 in Wien begangen wird. BildungsministerInnen aus ganz Europa werden sich gegenseitig zum „großen Erfolg“ ihrer Bemühungen um die Verwissenschaftlichung der Unis beglückwünschen. Eine Groß-Demo in Wien mit TeilnehmerInnen aus ganz Europa könnte den Forderungen der europäischen Studierenden neue Öffentlichkeit verschaffen.

### Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.200 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

### Salzburg: Unsere Zukunft, unsere Rechte, unsere Bewegung!

Die Kampagne für Jugendrechte, gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie der SLP-Salzburg startet durch! Tausende StudentInnen haben ihre Hörsäle besetzt. Es gibt Solidarisierungen mit Gewerkschaften und SchülerInnen. Diese Bewegung gilt es auszuweiten zu einer groß angelegten Bewegung für Jugendrechte und gegen alle Spaltungsversuche der Rechten. Die Erfolge der SchülerInnenstreiks vom Frühjahr und die Stärke der jetzigen Studierendenbewegung zeigt – gemeinsam kämpfen lohnt sich.

Wir bauen mit DIR ein Komitee an deiner Schule, Uni oder in deinem Betrieb auf. Nur so können wir eine starke Bewegung aufbauen um der Regierung, den UnternehmerInnen und den Rechten ordentlich die Meinung zu gegen!

Du willst in der Kampagne aktiv werden? [salzburg@slp.at](mailto:salzburg@slp.at) 650 3644103

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) Web [www.slp.at](http://www.slp.at)